

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag den 14. Februar 1882.

Nr. 75.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Ueber die Erklärungen des Kultusministers in der ersten Sitzung der kirchenpolitischen Kommission bringt die „N. A. Z.“ einen anscheinend authentischen Bericht, dem wir Folgendes entnehmen:

In der Generaldebatte fragte Dr. Windthorst: 1. Verhandelt die Staatsregierung direkt durch Herrn v. Schölzer oder anderweit mit der Kurie über die materielle Revision der Maigesetze mit der ersten Absicht eines Abschlusses? 2. Wenn dies nicht der Fall, soll das, was in der Vorlage vorgeschlagen wird, dauernden Charakter haben, oder ist es die feste Absicht, in nächster Zeit eine Revision der Maigesetze zu beantragen?

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten antwortete: ad 1. Herr v. Schölzer ist ermächtigt, mit der Kurie über die gegenwärtige Vorlage zu unterhandeln; er wird bei günstigem Verlaufe voraussichtlich auch die Vollmacht haben, weitere Besprechungen zu führen. Die Staatsregierung steht auf dem bei der ersten Lesung des Entwurfs bereits betonten Grundsatz, daß mit der formal einseitigen Regulierung der Grenze zwischen Staat und Kirche die materielle Verständigung mit der Kurie nicht ausgeschlossen sei. ad 2. Ein Theil der Vorschläge, insbesondere § 4, ist bereits jetzt dauernden Charakters, ein anderer naturgemäß doktrinär. Weiter zu gehen als die Vorlage, ist die Regierung zur Zeit nicht in der Lage.

Auf die Erwiderung des Abg. Windthorst, daß hiernach auf eine grundsätzliche Revision nicht zu rechnen sei, erwiderte der Minister, daß die Möglichkeit einer organischen Revision an sich nicht ausgeschlossen sei, daß aber die Vorlage zur Zeit das Neueste darstelle, worüber eine Verständigung denkbar sei.

Abg. Brühl konstatiert, daß der Gedanke einer rein interimistischen Geltung der jetzigen Vorlage jetzt mehr als 1880 zurücktrete, wogegen der Herr Kultusminister sich gegen jede Schlussfolgerung aus seinen Äußerungen verwahrt, welche mit dem Wortlaut derselben sich nicht decken.

Nach einem, Wiener Blättern zugegangenen Telegramm der „E. T. C.“ sollte Herr v. Schölzer, bis die kirchenpolitische Vorlage zu Stande gekommen, nur über persönliche Fragen zu verhandeln beauftragt sein; nach der Mitteilung des Herrn

von Goshler dagegen hat der Gesandte über diese Vorlage selbst zu verhandeln.

Die Äußerungen des Herrn von Goshler im Plenum über das entgegenkommende Verhalten des Papstes — mit denen Nachrichten von anderer Seite keineswegs übereinstimmen — werden von der „Germania“ bereits wie folgt ausgebeutet:

„Alle Welt weiß, daß die Regierung allein die Herstellung des kirchlichen Friedens in der Hand hat. Sie selbst hat fester die Friedfertigkeit des h. Vaters anerkannt, und das Zentrum steht treu zu seinem Worte, daß es jeden Ausgleich, den Rom schließt, ratifiziert. Also folgt aus dem Scheitern der Vollmachten-Vorlage nichts weiter, als daß die Regierung um so dringender verpflichtet ist, zur Revision zu schreiten.“

Gambetta hat bei der vorgestern in der Deputiertenkammer stattfindenden Vervollständigung des Präsidiums eine weitere Schlappe erlitten. Durch die Ernennung der bisherigen Vize-Präsidenten Tirard und Goblet zu Ministern des Handels beziehentlich des Innern waren die beiden Posten in der Kammer neu zu besetzen. Gewählt wurden nun vorgestern die Abgeordneten Fallières und Boyssat, von denen der letztere als der energischste Vorkämpfer für die Arrondissementswahlen und als einer der erbittertsten Gegner Gambetta's angesehen wird. Die „Rep. Fr.“ selbst kann nicht umhin, dem jüngsten Wahlergebnisse diese Bedeutung beizumessen. Das Organ Gambetta's betont, daß vorgestern dieselbe Koalition wieder zum Vorschein gekommen sei, welche am 26. Januar das vorige Kabinett gestützt habe. Die Gambettisten, welche an Stelle Boyssat's für Herrisson votierten, vermochten nur 186 Stimmen auf ihren Kandidaten zu vereinigen, eine Minorität, die nur etwa den dritten Theil der Deputiertenkammer darstellt. Diese Niederlage ist aber um so eklatanter, als vor der Konstituierung des Kabinetts Gambetta zwei von dessen Mitgliedern, die Abgeordneten Spuller und Debes, als Vizepräsidenten der Kammer fungiert hatten, von deren Wiederwahl jetzt von vornherein Abstand genommen werden mußte. Man begreift daher, daß Gambetta und sein Anhang, für sich von der gegenwärtigen Deputiertenkammer kein Heil mehr erwartend, die Auflösungsbewegung vorbereiten. Die „Rep. Fr.“ veröffentlicht alltäglich an der Spitze ihrer Spalten eine Polemik, in welcher der Nachweis versucht wird, daß die Kammer sich

in einem entschiedenen Gegensatz zur öffentlichen Meinung befinde. Daß dem Kabinett Freycinet regelmäßig seine republikanische Gesinnung attestiert wird, ändert nichts an der Thatsache, daß Gambetta bei seinen Angriffen vor allem das Ministerium selbst ins Auge gefaßt hat. Am unangenehmsten empfindet Gambetta, daß seine zahlreichen Kreaturen, die unter den letzten Ministerien in allen Dienstzweigen untergebracht werden mußten, jetzt einzeln beseitigt werden sollen. Der Widerruf der Mission des Grafen Chaudordy nach St. Petersburg befindet am besten, daß das Kabinett Freycinet den festen Willen hegt, sich von Gambetta völlig zu emanzipieren.

Ein Berichterstatter macht der „Post“ Mittheilung von einer Rede des russischen Generalkonsuls in Sofia, Sitrowo, welcher jüngst eine Deputation empfangen haben soll, der gegenüber er sich der aufreizendsten Worte gegen Oesterreich-Ungarn bediente. Als Bürge hierfür wird der Londoner Publizist James Pyle angegeben, welcher die bezüglichen Mittheilungen dem Bureaureferat Korrespondenten des „Egyptisches“ machte. Uebrigens soll Sitrowo, hierüber vom diplomatischen Korps interpellirt, seiner „grenzenlosen Verehrung für Oesterreich-Ungarn“ Ausdruck gegeben haben.

Der Finanzminister hat auf Grund Allerhöchster Ermächtigung den dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung der Einnahmen in dem Staatshaushaltsetat für 1. April 1882/83 (das Anleihegesetz), zurückgezogen; es ist dies die Folge der von dem Reichstag in der Etat eingestellten Einnahmeposition von ca. 10 Millionen Mark aus Erträgen des laufenden Etatsjahres.

In Moskau ist vor Kurzem die Polizei einem neuen Nihilistenneste auf die Spur gekommen und es ist ihr gelungen, dasselbe aufzuheben. Der „Presse“ wird darüber, wie folgt, berichtet:

Vor einiger Zeit mietete ein junger Mann, der Sohn eines Generals, eine Wohnung in einem gerade gegenüber dem Kreml gelegenen Hause in der Nikolskaja, bezog dieselbe und nahm einen Gefährten, den Sohn eines in Petersburg lebenden Obersten vom Generalsstabe, zu sich ins Quartier. Tags darauf kam ein anderer Sohn dieses Obersten in dasselbe Haus und mietete auch für sich eine Wohnung. Nachdem er dieselbe düftig möblirt, installirte er sich in ihr mit seiner Schwester,

einem jungen Mädchen. Nach einigen Tagen zog aber das Fräulein nach oben in das Quartier des Generalssohnes, während ihr daselbst wohnender Bruder ihre Stelle bei dem anderen Bruder einnahm. Daran nahmen die anderen Hausgenossen, die eine gewöhnliche Liebchaft vermuteten, Anstoß und molestirten die junge Dame so lange, bis sie sich gezwungen sah, das Haus zu verlassen und zu ihren Eltern nach Petersburg zurückzugehen. Die Inhaber der beiden Quartiere schienen sehr gastfrei zu sein, denn ihre Wohnungen waren niemals leer, stets war Besuch da. Unter diesen Besuchern waren häufig auch solche, die dem feinen Spürsinn der um das Haus umherstreifenden Polizei-Agenten verdächtig vorkamen. Man muß wissen, daß seit dem Fange der dreißig Nihilisten, der Mitglieder der sogenannten „rothen Verschwörung“, unsere Polizei sehr auf ihrer Hut ist. Als endlich einer dieser verdächtigen Besucher die Nächte dort zu verbringen begann, ohne daß der Polizei davon Meldung gemacht wurde, beschloß man, eine Hausdurchsuchung in den beiden Quartieren vorzunehmen. Man begann mit dem Quartier der beiden Brüder, in dem man den verdächtigen Besucher vermutete. Ihn fand man dort freilich nicht, wohl aber Waffens (Dolche und Revolver) und revolutionäre Druckschriften; außerdem Briefe des Obersten an seine Tochter, in welchen er dieselbe beschwört, nach Hause zu kommen und sich ja auf keine gefährlichen Dinge einzulassen, sie möge sich und die Ihrigen nicht unglücklich machen. An die Söhne hatte der Vater Telegramme ähnlichen Inhalts gerichtet. Daraufhin wurden die beiden jungen Leute verhaftet. Nun begab sich die Polizei in das obere Quartier, wo sie auch den Verdächtigen vorfand, der sich aber bei seiner Verhaftung widersetzte und einen Revolver schuß abfeuerte. Auch in diesem Quartier fand man Waffen, Druckschriften und Papiere, aus denen man entnehmen konnte, daß irgend ein Attentat während der Krönungsfeier geplant wurde. Man verhaftete auch den Generalssohn und brachte dann die ganze Gesellschaft nach Petersburg, nachdem man über den Vorfall telegraphisch dahin berichtet hatte.

In Petersburg traf man sofort Anstalten, um auch die junge Dame zu verhaften, und außerdem unterzog man den Obersten, dessen Gemahlin und die Gouvernante der jüngeren Geschwister einem Verhör. Alle drei beriefen sich auf einen Paragraphen, wonach ein Verbrechen erst dann als vollendet betrachtet werden kann, wenn es ein Minimum gebracht werden.

Ich schlage Ihnen nun folgende Sätze zur näheren Besprechung der Sache vor:

Für den Fall, daß der Central-Verband die weitere Bekämpfung der Bettelei in die Hand nehmen will, soll

- 1) eine Centralauskunftsstelle errichtet werden, möglichst in der Nähe der Volkstüche. (Die Modalitäten derselben werden nach den vorhergehenden Ausführungen zu bestimmen sein);
- 2) Es soll eine Ansprache an das Publikum gerichtet werden, ausnahmslos jeden ihm unbekannten Bettler ab- und an die Centralauskunftsstelle zu verweisen;
- 3) Das Publikum soll aufgefordert werden, dem Centralverbande die erforderlichen Geldmittel zufließen zu lassen. (Zur Mitwirkung für die Geldsammlungen sind Korporationen, Innungen, amtliche Berufsvereinigungen heranzuziehen);
- 4) Auch die einzelnen Wohltätigkeitsvereine sollen zu einem Beiträge für diesen Zweck aufgefordert werden;
- 5) Der Zukunft vorbehalten bleibt eine anderweitige Organisation der Privatwohltätigkeitsvereine möglichst im Anschluß an die städtischen Armenbezirke.

Aus der Versammlung erfolgt gegen diese Erörterungen kein Widerspruch, im Gegentheil plaidirt der Herr Rector, so Herr General-Superintendent Dr. Jaspis, Konsistorialrath Dr. Krüger und die Prediger Wegeli, Gehrtke für die volle Annahme sämtlicher Propositionen. Der Vorstand des Central-Verbandes wird deshalb demnächst sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit wenden. Möge er beim Publikum die erwünschte Unterstützung finden!

Genilleton.

Central-Verband der Armenpflege-Vereine Stettins.

General-Versammlung vom 7. Februar 1882.

(Schluß.)

Herr Professor Kühr fährt fort:

Dazu aber ist Geld erforderlich, und ob die einzelnen Wohltätigkeits-Vereine geneigt und im Stande wären, einen Theil ihrer Einnahme dafür dem Central-Verein zu überweisen, ist mir zweifelhaft. Man müßte sich also wohl direkt an das Publikum unter Darlegung der hier besprochenen Sachlage wenden, speziell für diesen Zweck eine Beigabe zu erbitten. Vielleicht daß die wahrscheinliche Aussicht, eine unerträgliche Belästigung loszuwerden, die Herzen und Hände der Geber bereitwilliger machte. Ganz ohne materielle Mittel dürfte ferner auch jener Helfer in der Centralstelle kaum den von uns erstrebten Zweck erfüllen; wenigstens, scheint mir, müßten Marken für die Volkstüche zu augenblicklicher Hilfeleistung in sehr dringenden Fällen ihm zur Disposition stehen.

Die einzelnen Parochialvereine gegen die Bettelei würden freilich, wenn das gehoffte Resultat durch jene Gründung der Centralauskunftsstelle zuwege gebracht wäre, ihren ursprünglichen Zweck verlieren; sie würden einfache Unterstützungsvereine in ihren Parochien werden. Ihre Abgrenzung nach kirchlichen Grenzen führt überdies mancherlei Uebelstände mit sich und die Zusammengehörigkeit in dem Rahmen einer großen Gemeinde hat in unserer Zeit keine rechte innere Bedeutung mehr. Hier kommt die gemein same Stadtbevölkerung, und bei den eigenthümlichen Verhältnissen Stettins auch die Einwohnererschaft der angrenzenden Ort-

schaften mit in Betracht, wie wir ja auch schon eine Vertreterin der Grabower Privatwohltätigkeits-Vereine bereitwillig in unsern Verband aufgenommen haben. Ueberdies sind oft mehrere Wohltätigkeits-Vereine derselben Parochie — wir haben deren in Jotobi z. B. 5, welche unter verschiedenen Namen doch im Wesentlichen denselben Zweck verfolgen — ein Uebel. Es wird daher die Organisation der Privatwohltätigkeits-Vereine nach räumlichen, den städtischen Armenpflegebezirken möglichst konformen Verhältnissen zu erstreben sein, und später auch eine Heranziehung von Zülchow, Bredow sich als dringendes Bedürfnis ergeben. Für bestimmte Zweige der Armenpflege, z. B. zur Hilfe bei Krankheiten, in Sterbefällen würden ein oder wenige Sektionen für den ganzen Unterstüßungsraum ausreichen.

Doch das ist in diesem Augenblick noch nicht so sehr dringend. Dagegen ist auch bei der jetzigen Organisation ein Ausgleich in den Einnahmen nach der Seelenzahl der in den einzelnen Parochien unterstützten Armen durchaus zu wünschen. Freilich glaube ich selber nicht daran, daß die Vereine so ohne Weiteres sich darauf einlassen werden, die besser Situirten wenigstens werden entschieden dagegen Einspruch erheben; einen solchen Schnitt in ihr eigenes Fleisch zu thun, ist ja immerhin eine etwas seltsame Zumuthung.

Ich komme jetzt zu den fremden durch unsere Stadt ziehenden und vorübergehend Hilfsuchenden Armen. In kleinen, nicht grade an den großen Landstrasse liegenden Dörfern ist die Sache einfach, weit schwieriger macht sich die Sache in einer großen Stadt, und weil der durchreisende Handwerksgehilfe ohne Geld weder Speise noch ein Obdach für die Nacht erhält, so geht er eben in die Häuser, um zu betteln. Und ich gestehe offen, daß ich selber im vorigen Winter es oft nicht habe über das Herz bringen können, einen solchen dürftig gekleideten jugendlichen Bettler, dem der Hunger auf dem Gesichte geschrieben stand, abzuweisen, und

noch viel weniger muthe ich das einer Frau zu. Soviel ich weiß, wird nun von den meisten Handwerker-Innungen wohl noch heute ein Zehrpennig an den wandernden Gesellen gerichtet; aber ich weiß nichts Näheres darüber, habe auch keine Vorstellung von der Menge der täglich im Winter hier durchziehenden und zugleich bettelnden Handwerksgehilfen. Aber will das Publikum von dieser Plage befreit werden, so sehe ich auch hier kein anderes Mittel, als jene Centralauskunftsstelle, nur daß der Helfer für diesen Fall zugleich in den Stand gesetzt sein müßte, unmittelbar helfend einzuschreiten, d. h. dem Vormittags kommenden eine Marke für ein Mittagessen, dem Nachmittags kommenden eine solche für eine Abendkost, für Schlafstätte und Morgentrunk, was zusammen etwa 50 Pf. erfordern würde, zu geben. Das ist in einzelnen mittleren Städten mit Glück durchgeführt. Eine Ermüdung bei den Innungen, welche einen Zehrpennig geben, würde die Zahl der zu Unterstützenden hoffentlich nicht zu groß erscheinen lassen und für diese würde bei den Herbergswirthen wohl unzweifelhaft auch hier das Nachtlager u. s. w. zu dem angegebenen billigen Preise zu beschaffen sein. Würde dann in allen Herbergen das Verbot, in Stettin zu betteln, in einem Plakate deutlich jedem vor die Augen gerückt, und wäre der Wirth angewiesen, nur in den dringenden Fällen den Gast an die Centralauskunftsstelle zu verweisen, so würde die Zahl der Hilfsuchenden, wie ich meine, nicht allzu groß sein.

Aber freilich für diesen Zweck die fremden Bettler in der Hauptsache loszuwerden, und den Wohlhabenden es nicht zu einem Gewissensbiss zu machen, ausnahmslos auch diese abzuweisen — zur Erreichung dieses Zweckes ist erst recht Geld, viel mehr als wir in den Privatvereinen bisher aufzuwenden haben, erforderlich. Bekämen wir aber das Geld, so glaube ich sicher versprechen zu können: die Plage der Bettelei in Stettin würde auf

phen des Gefeches, der den Eltern, Geschwistern, nächsten Angehörigen Angehörigen und Familienmitgliedern gestattet, keine Zeugnisausgaben zu machen, und verweigerten jede Auskunft über die vier Inhaftierten. In Folge dessen wurde für nötig befunden, auch den Obersten, dessen Gemahlin und die Gouvernante zu verhaften, da, wie der anwesende Procureur erklärte, ein anderer Gefesparagraf deutlich sage, daß derjenige, welcher um eine staatsverbrecherische Absicht wisse und hiervon keine Anzeige mache, als Mithschuldiger gelte.

Uebrigens steht zu erwarten, daß der Oberst nebst Gemahlin und Gouvernante bald freikommen werden, da man in die Loyalität dieser drei Personen keinen Zweifel setzt. Im Dienste wird der Oberst aber wohl nicht bleiben können und dürfen, obgleich er mit zu den begabtesten und verdienstvollsten Offizieren der Armee gehört.

Heute Nachmittag 1 Uhr hielt der neu ernannte französische Botschafter Baron de Courcel seinen feierlichen Aufzug, um dem Kaiser seine Akkreditiv zu überreichen. In den vier Galawagen war der Botschafter mit den Mitgliedern, sowohl denjenigen, welche bereits seit längerer Zeit der Botschaft attached, als auch den neuernannten Mitgliedern Baron de Plancy, Comte Suarez d'Aulon und Camille Labouret vom Zeremonienmeister, Herrn v. Rosenbergs aus dem französischen Botschaftshotel abgeholt worden. Punkt 1 Uhr traf der feierliche Zug vor dem Palais ein. Der Kaiser empfing den Baron de Courcel im Beisein des Vertreters des auswärtigen Amtes, Botschafters Grafen Haffeldt und des Introduktors der Ambassadeurs Vize-Ober-Zeremonienmeisters v. Roeder und nahm aus den Händen desselben das Beglaubigungsschreiben entgegen. Außer den beiden bereits genannten Herren waren auch die beiden Hofmarschälle, der General Graf von der Goltz, die beiden Flügel-Adjutanten Major von Broesigke und Major von Pleßien zugegen. Unmittelbar nach der Audienz beim Kaiser wurde der neue Botschafter Baron de Courcel auch bei der Kaiserin Königin, welche vom Oberhofmeister, der stellvertretenden Oberhofmeisterin und ihren Hofdamen umgeben war, eingeführt. Nach beendeter Audienz wurde der Botschafter mit seinen Attachés wieder vom Herrn v. Rosenbergs zur französischen Botschaft zurückgeleitet.

Ausland.

Wien, 11. Februar. Das „N. W. Tgl.“ schreibt: Die offiziellen Meldungen vom Insurrektionschauplatz (siehe unten), sowie die Diskussionen der europäischen Presse über das immer bedrohlichere Auftreten des Panславismus und über gewisse militärische Vorbereitungen Russlands gehören zu jenen Dingen, deren Bedeutung diejenige der parlamentarischen Vorgänge, der Annahme der Petroleumsteuer im Abgeordnetenhaus, der Umwandlung des Herrenhauses, der Gesetzgebung der Prager Universität, einigermaßen in den Hintergrund drängt. Die Vermuthung ist kaum mehr abzulehnen, daß wir wieder vor einer die ganze große Politik umfassenden Entwicklung stehen, die sich in entsprechenden historischen Ereignissen ausdrücken und auch dem Lauf der inneren Politik auf lange Zeit sein Geleise vorzeichnen wird. In den maßgebendsten Kreisen macht sich der Eindruck bemerkbar, daß unser Staat im Begriffe ist, sehr ersten Prüfungen entgegenzutreten, und die öffentliche Meinung ist von der Ahnung bedrückt, daß die gegenwärtigen innern Wirren nur das Vorspiel einer allgemeinen Krise sind, welche die Aufopferungsfähigkeit der Bevölkerung auf die härteste Probe stellen wird.

Wie man uns aus Pest mittheilt, müssen wir uns zunächst auf die Anordnung neuer, sehr ausgiebiger Truppenverpflichtungen gefaßt machen, welche auch Heerestheile berühren werden, die bisher noch nicht in Anspruch genommen waren. Was wir seinerzeit bezüglich der ersten von der Regierung an die Delegationen gerichteten Forderungen bemerkt haben, beginnt sich bereits zu erfüllen. Und es ist wohl möglich, daß in sehr naher Zeit eine neue Einberufung der Delegationen stattfinden werde. Im Zusammenhange mit diesen Meldungen wird man wohl zu beachten haben, daß jetzt eben das Verhältnis Montenegro zu dem Aufstande im Süden der Monarchie einer neuen Diskussion unterzogen wird. Man erinnert an die Ausführungen des Ministers Kalnoky in den Delegationen, daß es für uns ebenso schwierig wäre, unsere Grenzen gegen Montenegro mit Erfolg abzusperren, wie dies Montenegro selbst mit dem besten Willen durchzuführen nicht im Stande wäre. Ein Konflikt mit Montenegro, so bemerkte er, würde die Situation wesentlich komplizieren. Ob in der Bevölkerung Montenegros immer der beste Wille vorhanden sei, könne vielleicht in Frage gestellt werden, doch über den Fürsten selbst sei keine Klage zu führen, seine Haltung sei loyal und berechtige das Vertrauen, das in ihn gesetzt wird. Diese Aeußerungen, so wird bemerkt, seien heute noch aufs Wort zutreffend; sie hätten sogar verstärkte Geltung erlangt durch die Berichte, die in den letzten Tagen aus dem Süden gekommen und welche der Haltung Montenegros nichts Unleses und keinerlei Illoyalität nachzusagen im Stande seien. Ein Krieg mit Montenegro liege überhaupt außerhalb des Bereiches jener Aktionen, welche einen klar erkennbaren Zweck haben. Es sei höchstens der Fall denkbar, daß, wenn Montenegro sich als der Herd der Insurrektion erweisen sollte und die letztere ohne Eingriff in die Sphäre Montenegros absolut nicht zu unterdrücken wäre, daß dann die Monarchie gezwungen sein könnte, vor der Welt den Beweis zu führen, daß sie in der Wahrung ihrer Autorität nicht von dem Wohl- oder Uebelwollen Montenegros abhängig sei und diesen Beweis durch eine zeitweilige

Okkupation des montenegrinischen Gebietes zu erbringen.

Dieser Fall nun dürfte, unseren Informationen zufolge, bereits sehr ernstlich ins Auge gefaßt worden sein. Die seitherigen Erfahrungen auf dem Insurrektionschauplatz haben gezeigt, daß der Aufstand nicht zu ersticken sei, wenn unseren Truppen jede Ueberschreitung der montenegrinischen Grenze unbedingt verwehrt bleiben sollte. Eine solche Grenzüberschreitung würde nun allerdings keineswegs eine Kriegserklärung an den Fürsten von Montenegro bedeuten, dessen Loyalität von allen Seiten anerkannt wird. Aber eine andere Frage ist, ob sie angesichts der Haltung des montenegrinischen Volkes nicht thatsächlich den Krieg herbeiführen würde. Und zweifellos ist, daß eine solche Aktion unser Verhältnis zu Rußland in der gefährlichsten Weise komplizieren könnte.

Wien, 11. Februar. (Vom Insurrektionschauplatz.) Die heute vom Baron Jovanovic und dem Generalkommando Serajewo vorliegenden Berichte geben ein ziemlich deutliches Bild von den Positionen der Insurgenten, ein Bild, das genau demjenigen entspricht, welches wir nach den seitherigen Gefechtsmeldungen bereits entworfen hatten. Eine Besserung der militärischen Lage läßt sich insofern konstatiren, daß der Versuch der Insurgenten, durch die Wegnahme von Konjica die Verbindung zwischen Mostar und Serajewo zu unterbrechen und durch die Wegnahme von Joca die Verbindung der Insurgenten mit Serbien herzustellen, von den Unseren glücklich vereitelt wurde. Von dem Angriff auf Konjica wurden die Aufständischen auf diejenigen Punkte des oberen Nerentathales zurückgeworfen, wo sie zuerst aufgetaucht waren. Dort lehnen sie sich namentlich an Mot an, wo ihre Hauptmacht, angeblich 1200 Mann, unsere Verbindung zwischen Nevesinje und Joca verhindert. Von Joca zurückgedrängt, haben sie sich wieder mit ihrer Hauptmacht auf der Krblina-Höheebene gesammelt, von wo sie entweder ihren Angriff auf Joca erneuern, oder mit den Schaaren in Mot kooperiren können. Es ist nicht zu leugnen, daß die Insurgenten ihre Positionen mit strategischem Geschick ausgewählt haben, indem sie trotz der relativen Schwäche ihrer einzelnen Gruppen unserer Kriegseileitung es unmöglich machen, durch einen Korbon die Herzegowina von Bosnien abzusperren. Nicht minder schwierig erscheint noch die Situation längs der montenegrinischen Grenze, wo die Insurgenten, im Besitze der Orte Gacko, Plana, und Fatnica Beljani sich befinden und jederzeit durch den Rückzug auf montenegrinisches Gebiet unserer ihnen zusehenden Truppen spotten können. Gestern früh ist der Ort Lednice am Golse von Risano, nördlich von dieser Hafenstadt, in die Hände der Unseren gefallen, indem diese sich einerseits zwischen Lednice und die montenegrinische Grenze einschoben und das den Ort beherrschende Plateau Beljeselo besetzten, andererseits die Kriegsmarine kräftig mitwirkte. Wir geben nun in Folgendem die offiziellen Meldungen:

Wien, 10. Februar. Das General-Kommando Serajewo berichtet unter dem 9. Februar, 4 Uhr Nachmittags: Nach übereinstimmenden Nachrichten ist die Zagorje, beziehungsweise das obere Nerenta-Thal noch immer als Hauptstich des Aufstandes zu betrachten. Im Großen sind 2 Gruppen bemerkbar: die Banden Tunkus und Salfort, beiläufig 200 Mann bei Han-Zimje, bei Glavaticy, Bjelemic, das Gros, beiläufig 1200 Mann, bei Mot, und die Bande Kovacevic, mit dem Gros von beiläufig 500 bis 600 Mann bisher gegen Joca; sie verstärkt sich fallweise durch Zugänge. Die Bande auf Krblina, welche beiläufig 200 bis 300 Mann betrug, erhält Zugang aus der Gegend von Joca, wohin zur Zeit des Marsches der Kolonne Hoge die Hauptströmung der Insurgenten gerichtet war. Es scheint, daß die Banden, nachdem deren Anschläge auf Joca mißlungen sind, sich wieder auf der Krblina konzentriren.

F.M.E. Baron Jovanovic meldet unter dem 9. Februar, 9 Uhr Abends: Das Plateau von Jimje ist durch eine 300—400 Mann starke Insurgentenschaar, angeblich unter der Führung Tunkas, besetzt. Dem entsprechend Anordnungen getroffen. Bei Gacko, Korito, Plana und Fatnica Beljani noch stärkere Insurgentenbanden bemerkbar. Heute früh wurde Lednice — unterstützt durch die Gewinnung des Plateaus Ubalac-Beljeselo und unter kräftiger Mitwirkung der Kriegsmarine — besetzt. Das 3. Feldjäger Bataillon trieb die Insurgenten, welche das Plateau und das Wachhaus Lednice besetzt hielten, in die Flucht. Verlust 1 Todter und 5 Verwundete, deren Namen nachträglich gemeldet werden. Aus Nevesinje wird die leichte Verwundung des Infanteristen Josef Gomola des 71. Regiments bei einem Patrouillen-Gefechte gegen Insurgenten nächst Jafena gemeldet.

Provinzielles.

Stettin, 14. Februar. Die Bestimmung des § 137 des Strafgesetzbuchs, wonach die Entziehung von Sachen, die durch die zuständigen Behörden oder Beamten in Beschlag genommen worden sind, aus der Verstrickung mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft wird, findet, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafenats, vom 9. Dezember v. J., auf die polizeiliche Beschlagnahme von bei einem des Diebstahls oder der Unterschlagung Verdächtigen zur Sicherung des Eigenthums angehaltenen Gegenstände (ohne sie dem Besitz des Verdächtigen zu entziehen) keine Anwendung.

Wenn gegen Beamten Klagen beim Gericht eingereicht werden, soll Nachricht zu deren Veronalakten erstattet werden. Da dies häufig unterblieben, so ist jetzt von maßgebender Stelle die An-

weisung erfolgt, dies nachzuholen, und zwar betreffs aller richterlichen und nichtrichterlichen Beamten, also auch aller Referendarien und Justizanwärter, Gerichtsvollzieher und Kanzleiarbeiter. Ebenso sollen die Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher anzeigen, wenn sie gegen einen Beamten bei der Justiz- und Verwaltungsbehörde sowie beim königlichen Theater und der Kapelle oder gegen aktive Offiziere Klagen erhalten, oder wenn gegen dieselben das Zwangsverfahren eingeleitet wird.

Zur Konstituierung eines Bürgervereins für die Laßabie fand gestern Abend in dem Saale Laßabie 14 eine Versammlung statt, welche von Herrn Stadtverordneten Petermann mit einer Ansprache eröffnet wurde. Derselbe beleuchtete zunächst die Versammlung, welche 8 Tage vorher unter dem Vorsitze des Papierhändlers Sieber auf dem Freiburger Bahnhof getagt hat. Derselbe habe gleichfalls den Zweck gehabt, einen Verein für die Bewohner der Laßabie zu begründen, aber nach den Worten, welche der dortige Vorsitzende an die Anwesenden gerichtet, scheine dieser Verein nicht den Zweck zu haben, die Interessen der Bewohner der Laßabie wahrzunehmen, sondern vielmehr nur den Zweck, seine Mitglieder zum „Stimmvieh“ heranzuziehen, denn anders ließen sich die Worte des Papierhändlers Sieber, „daß die Bewohner der Laßabie für Wahlen kein Verständnis haben“, nicht deuten. Anders solle es sich mit dem neu zu begründenden „Bürgerverein für die Laßabie“ verhalten. In demselben soll jedes Mitglied Gelegenheit haben, frei seine Meinung über die kommunalen Mißstände auf der Laßabie auszusprechen und diese Mißstände sollen im Verein besprochen und Alles aufgegeben werden, Abhilfe zu schaffen. Dagegen soll nicht auf die eigene Meinung der Mitglieder eingewirkt werden und es soll nie der Versuch gemacht werden, bei etwaigen Wahlen die Mitglieder zum „Stimmvieh“ herabzuwürdigen. Der Verein soll vielmehr, sowohl bei Kommunalen, wie bei politischen Wahlen als Verein niemals in Aktion treten. Wenn auch bei bevorstehenden Wahlen eine Besprechung derselben vorgenommen würde, so solle doch Niemand zur Abgabe einer Stimme gezwungen werden. Die Anwesenden erklärten sich darauf einstimmig mit der Begründung eines „Bürgervereins für die Laßabie“ einverstanden und nachdem Herr Petermann mitgetheilt hatte, daß sich bereits vor Beginn der Versammlung 24 Mitglieder gemeldet haben, wurde ein Komitee von sechs Herren zur Verfassung der Statuten gewählt. In einer am nächsten Sonnabend einuberufenen Versammlung sollen diese Statuten vorgelegt und der Vorstand gewählt werden.

Bei der königlichen Polizei-Direktion sind in der Woche vom 6. bis 13. d. Mts. angemeldet:

Gefundene: 1 weiße nicht fertige Tülldecke mit Schabbaumwolle und Nadel — 1 Bronze-Einstecknadel — 1 Damenboa (Bisam) — 1 schwarzledernes Portem. mit 1 M. 9 Pf. — 1 von Holz geflochtener Korb, enth. 1 Topf, 2 Kessel, 1 Gabel, 1 weißes Tuch — 1 Kommodenschlüssel — 1 Stabblille — 1 kleines Notizbuch in Leder gebunden, auf dem Deckel ein Porzellanbild — 7 kleine Schlüssel am Ringe — 1 Hundemantelkord von Draht — 1 schwarzes Tuch — 1 Nähkästchen aus grau und schwarzem Sammt gearbeitet — 1 brauner baumwollener Kinder-Regenschirm.

Verloren: 1 goldene Tuchnadel von der Laßabiestraße bis zur Silberwieße — 1 rothe Granatbroche am 7. d. M. in der Aula des Marienstifts-Gymnasiums — 1 gelbledern. Portem. mit 1 Mark von der Hohenzollern- bis zur Elisabethstraße am 7. d. M. — 1 Rolle mit 5 Mark von der Breitenstraße bis zum Neuenmarkt am 11. d. M. — 1 blaue Pferdebede von Bellevue bis zur gr. Laßabie am 8. d. M.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Sibonia von Bork.“ Vaterländisches Schauspiel 5 Akten.

Bemischtes.

Zu den besten Insektenvertilgern, die es giebt, gehört zweifelsohne die Kröte, lange Zeit mißachtet und verkannt, beginnt sie neuerdings sich einer glänzenden Rehabilitation zu erfreuen. Die Gärtner Englands lassen diese Geschöpfe, da die am besten geeigneten Varietäten dort zu Lande nicht vorkommen, durch eigene Agenten auf dem Kontinent aufkaufen, ja in Paris existirt seit einigen Jahren ein besonderer Markt für diese zwar sehr nützliche, aber nicht gerade sonderlich reizende Amphibien. Wöchentlich einmal wird derselbe in der Straße Geoffroy-Saint-Hilaire abgehalten; dorthin bringen die Händler ihre Waare in großen, vielfach durchlöchernten Tonnen zu je 700 Stück, nach der Größe assortirt und in feuchtes Moos wohlverpackt, und da der Preis sich auf 70—90 Frcs. für das Hundert ausgewachsener Thiere stellt, so kann man recht wohl sagen, daß auch „eine garstige Kröte“ in Paris ihren Werth hat. Krelage im Harem, einer der bedeutendsten Gärtnereibesitzer Hollands, empfiehlt namentlich seinen Kollegen die Kröte als geradezu unübertreffliches Beteiligungsmitel gegen die bekanntlich in Warm- und Vernehrungshäusern so großen Schaden anrichtenden Kellersasseln. Die daraushin unternommenen Versuche bewährten sich also, und so findet man heute in ganz Holland wohl kein Gewächshaus, in welchem nicht eine oder mehrere der häßlichen, aber so nützlichen Kröten gehalten würden.

Zu Berthold Auerbachs literarischem Debut bringt die „Magdeb. Ztg.“ eine interessante Reminiszenz. Die ihm damals zuertheilte Festungs-

haft trieb gebieterisch zu neuen Arbeiten; konnte er nicht aus eigenen Mitteln Kost und Wohnung bestreiten, mußte er die Strafzeit in den Kasematten zubringen und mit der Gefangenentoß vorlieb nehmen. So vereinbarte er denn mit der Buchhandlung von J. Scheible einen Vertrag über die Herausgabe des Romans „Spinoza“, empfing einen Vorschuß von 200 fl. und schrieb und studirte nun Tag und Nacht, oft unter bitteren Entbehrungen, bis nach fast zwei Jahren das Buch vollendet war. In einem prächtigen, im letzten Sommer geschriebenen Aufsätze, einem Abschnitt seiner Lebenserinnerungen, hat Auerbach mit liebenswürdigem Humor allerhand über die Geschichte dieses Romans erzählt, der ihm ganz besonders an's Herz gewachsen war, weil er ein gut Theil seines eigenen Entwicklungsganges in die Darstellung hatte hineinfließen lassen. „Als ich über die Strafe ging, meinte ich, die Holzhaue, die vor den Häusern Holz sägen und spalten, müßten davon wissen, daß heute mein Buch erschienen war. Ich war auf dem Wege zum Buchhändler; ich hatte in meinem Kontrakt einen großen Mangel entdeckt, es stand nichts darin von einer neuen Auflage, und daß diese bald kommen würde, war mir kein Zweifel. Jedenfalls wollte ich sicher sein. Ich ging zu Scheible. Er lachte laut auf, als ich von einer zweiten Auflage sprach; er nahm den Kontrakt und schrieb an die Seite: Bei einer zweiten Auflage zahle ich dem Herrn Verfasser zehntausend Thaler... Als ich auf der Strafe stand und nochmals las, was Scheible geschrieben hatte, kamen mir die Thränen in die Augen. So werde ich verhöhnt, und ich habe doch meine Hoffnungen auf dieses Werk gesetzt.“ Der Erfolg hat das Buchhändlers Spott zu Schanden gemacht. Mehr als eine neue Auflage hat das Buch erlebt; es wurde mehrfach übersezt, sogar in's Spanische, so daß Spinoza und seine Stammegeoffen damit in das Land zurückgeführt sind, aus dem sie so grausam vertrieben wurden.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 13. Februar. (B. T.) Die Strafkammer zu Konstanz hat gegen den Prozeß gegen die Mitglieder der katholischen Stiftungs-Kommission zu Obereßbach wegen falscher amtlicher Beurkundung verhandelt. Diese Verhandlung bildet gewissermaßen das Nachspiel zu dem Prozeß, welcher im Juli v. J. gegen den Kirchenfonds-Rechner Kammerer geführt wurde, welcher letzterer wegen Unterschlagung im Amte zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt wurde. Der Staatsanwalt erhob sodann Klage gegen den katholischen Pfarrer Gramlich und den ehemaligen Bürgermeister Seifert, welche beschuldigt waren, daß sie Kammerer der Strafe entzogen und die Sache vertuschen wollten. Die Verhandlung ergab in der That die Schuld beider Angeklagten und sie sind in Folge dessen zu je zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Wien, 13. Februar. Die „Presse“ läßt sich aus Cetinje vom 11. d. melden, der am 12. erscheinende „Glas-Cernagorica“ werde eine offizielle Rundgebung des Fürsten bringen, worin derselbe seine Rückkehr mit den Ereignissen in der Krisoscie motivirte und den Ministern die stillste Neutralität zur Pflicht machen werde, so lange Oesterreich die internationalen Grundprinzipien freundschaftlichst respektire. Da die Ereignisse jedoch auch für flüchtige Unschuldige Armuth und Elend zur Folge haben würden, habe der Fürst zugleich angeordnet, daß für diese Brüder der Montenegriner Sorge getragen werde.

Christiania, 13. Februar. Gestern empfing die Kronprinzessin eine Deputation junger Mädchen, welche eine silberne Jardiniere mit Blumen überreichte. Heute wird eine Deputation des Storching empfangen, welche eine Adresse überreichen wird. Die Bevölkerung kommt der Kronprinzessin überall mit dem größten Enthusiasmus entgegen.

Petersburg, 13. Februar. Die Aerzte konstataren nach dem im „Regierungsboten“ veröffentlichten Bulletin keine Besserung in dem Zustande der Großfürstin Maria Paulowna. Der mittelst Opium erzeugte Schlaf hielt bis 6 Uhr Abends an. Die Nacht war schlaflos. Temperatur 39,6 Gr.; Pulsschläge 108 bis 120. Der Appetit ist mangelhaft, die Schwäche hat zugenommen.

Bukarest, 12. Februar. In Folge mehrtägiger heftiger Kopfschmerzen der Königin ist der Berliner Spezialist Dr. Lucae hierherberufen. Derselbe konsultirte gestern Vormittag mit den Hofärzten und konstatirte bei seiner zweiten Visite am Abend eine leichte Besserung.

Konstantinopel, 13. Februar. Wie berichtet wird, hat die Pforte am 9. d. ein Rundschreiben an ihre Vertreter im Auslande gerichtet, in welchem sie ihrer Befriedigung über die Aufklärungen Frankreichs und Englands bezüglich Egyptens und über das Einverständnis der Mächte betreffs der Anerkennung der Souveränität des Sultans über Egypten Ausdruck giebt.

Die österreichischen Lloyd-Dampfer „Austria“ und „Jupiter“ sind gestern mit 1400 Mann Infanterie, sowie Kavallerie, Artillerie und Munition nach Jemen abgegangen. Die „Austria“ geht direkt nach Hobelba, der „Jupiter“ macht die gewöhnliche Fahrt an der syrischen Küste, nimmt dort weitere Truppen ein und geht dann nach Kunsuda in Jemen.

Rom, 12. Februar. Die Nachricht von einem Rundschreiben des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini an alle italienischen Bischöfe, um zu veranlassen, daß alle jüngst Wähler gewordenen Katholiken sich einschreiben lassen, ist mindestens verfrüht. Wie es heißt, würde die Kurie der Frage der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts erst näher treten, wenn die Kammer die Frage der Vertretung der Minoritäten gelöst haben wird.